

Begehrtes Leepüntareal

DÜBENDORF. Das Leepüntareal mitten im Zentrum weckt Begehrlichkeiten. Eine Volksinitiative fordert eine Überbauung mit Saal für 600 Personen. Die Stadt hatte andere Pläne.

DANIELA SCHENKER

Heute Freitag startet die Unterschriftensammlung zur Volksinitiative «Stadtkern = Leepünt». Sie fordert eine Überbauung samt Stadtsaal für 600 Personen sowie Räumen für Vereine und Gruppierungen. Auf dem Areal, das nicht verkauft werden dürfte, muss der Wohnanteil mindestens 50 Prozent betragen. Die Wohnungen müssen gemeinnützig erstellt und betrieben werden.

Das 13-köpfige Initiativkomitee besteht aus Vertretern verschiedener Vereine und SP, EVP, FDP und Grünen. Gefunden haben sie sich im «Echoraum», einer von der Stadt gegründeten Arbeitsgruppe für Vereine. Rolf Güttinger, Vorstandsmitglied der Stadtmusik und Zweitunterzeichner der Initiative erklärt: «Vor allem die grösseren Vereine fordern seit langem einen Saal, der mehr als 300 Personen fasst.» Jetzt, da die Stadt die Zukunft des Leepüntareals plane, sei es an der Zeit, dieser Forderung Nachhaltigkeit zu verschaffen.

Stadt muss nun abwarten

Für Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP) bedeutet die Initiative eine Verzögerung: «Wir wollten eigentlich im Oktober 2013 den Stadtratsbeschluss zum Vollzug freigeben und das Verfahren der Investorensuche bald starten.»

Vor der Gemeinderatssitzung vom 30. September 2013 hat der Stadtrat den Gemeinderat über das kurz zuvor beschlossene Vorgehen und mögliche Nutzungen informiert: «Das hat heftige Reaktionen bei einigen Ratsmitgliedern ausgelöst, besonders weil



Das Leepünt-Areal liegt derzeit brach. Ab heute Freitag werden nun Unterschriften gesammelt, dass hier ein grosser Stadtsaal und Räume für Vereine entstehen. Bild: Martin Allemann

unser Szenario keinen Saal vorschah.» Man habe deshalb über die GRPK und KRL das Gespräch mit den Fraktionen gesucht, um informell die Meinungen zum stadträtlichen Szenario zu erfahren. Just dann habe Gemeinderätin Andrea Kennel (SP) die Volksinitiative «Stadtkern = Leepünt» eingereicht.

«Nun müssen wir abwarten, ob diese zustande kommt und dann den allfälligen Ausgang der Abstimmung abwarten.» Erst danach könne der Stadtrat das Geschäft wieder aufnehmen und den Entwicklungskredit auslösen. Ziörjen rechnet mit einer Verzögerung von rund zwei Jahren: «Immerhin wissen wir danach, ob das Volk einen Saal will und können entsprechend weiterplanen.»

SVP sieht keinen Bedarf

Gemeinderat Orlando Wyss (SVP) sieht keinen Bedarf für einen Stadtsaal. Das habe schon das Stimmvolk Ende der 1990er Jahre so gesehen. Das momentane Angebot sei ausreichend. «Wenn überhaupt, dann müsste ein Saal an der Peripherie stehen, wie in Volketswil, und über genü-

gend Parkplätze verfügen», so Wyss. Wer ein derart teures Projekt, gepaart mit Wohnungsbau nach sozialistischen Grundsätzen lanciere, lebt für Wyss «in einer Welt, in der das Geld vom Himmel fällt». Er fände es besser, die Stadt würde klären, welchen Anteil des Areals sie selber braucht und den Rest an einen erstklassigen Investor verkaufen.

Dieser könnte hochwertige Wohnungen realisieren, und eventuell die Stadt Dübendorf selbst sogar einige Alterswohnungen. Für ihn ist klar, dass die 300 erforderlichen Unterschriften gesammelt werden: «Kein Wunder, wenn man die Kosten von etwa 20 Millionen Franken für den Stadtsaal verschweigt.» Eine 3-prozentige Steuererhöhung wäre programmiert. Die SVP werde das Vorhaben bekämpfen.

Eine Frage der Grösse

Für Ziörjen müssen im Abstimmungskampf die Investitions- und Betriebskosten thematisiert werden. «Zudem bringt ein Saal im Zentrum den Verzicht auf andere Nutzungen mit sich», so

Ziörjen: «Der Platz ist beschränkt, die Begehrlichkeiten sind vielfältig.» Der Stadtrat sei überzeugt, dass ein höherer Wohnanteil mit altersgerechten Wohnungen eine bessere Wertschöpfung bringe.

Man prüfe derzeit die Erstellung eines Mehrzweckgebäudes bei der Oberen Mühle. Gemeinsam mit den drei bestehenden Sälen, könne der Nachfrage entsprochen werden, meint Ziörjen: «Das Problem für die Vereine liegt eher bei der Saalmiete. Das würde durch einen Stadtsaal nur gelöst, wenn man dannzumal auf eine Saalmiete verzichten würde.»

«Wir wissen, dass die Stadt bei der Oberen Mühle etwas plant», erklärt Güttinger. Doch dort seien weder ein grösserer Saal noch die gewünschten Gemeinschaftsräume realisierbar. Im Zentrum liessen sich eine Wohnüberbauung und ein grosser Saal realisieren. «Beides dient der Allgemeinheit», ist Güttinger überzeugt, und fügt an: «Jetzt, da die Stadt die Zukunft der Leepüntareals und der Oberen Mühle plant, müssen wir den Fuss reinhalten.»